

Diskussionspapierreihe  
Working Paper Series



HELMUT SCHMIDT  
UNIVERSITÄT  
Universität der Bundeswehr Hamburg

# DAS LIBERALE TRILEMMA

KLAUS BECKMANN

Nr./ No. 107  
JANUAR 2011

Department of Economics  
Fächergruppe Volkswirtschaftslehre

Autoren / Authors

**Klaus Beckmann**

Helmut Schmidt Universität Hamburg / Helmut Schmidt University Hamburg  
Professur für Volkswirtschaftslehre, insb. Ökonomik des öffentlichen Sektors / Chair of  
Economics, especially Public Economics  
Holstenhofweg 85  
22043 Hamburg  
Germany  
klaus.beckmann@hsu-hh.de

Redaktion / Editors

Helmut Schmidt Universität Hamburg / Helmut Schmidt University Hamburg  
Fächergruppe Volkswirtschaftslehre / Department of Economics

Eine elektronische Version des Diskussionspapiers ist auf folgender Internetseite zu finden/  
An electronic version of the paper may be downloaded from the homepage:  
<http://fgvwl.hsu-hh.de/wp-vwl>

Koordinator / Coordinator

Kai Hielscher  
wp-vwl@hsu-hh.de

## **DAS LIBERALE TRILEMMA**

KLAUS BECKMANN

### Zusammenfassung/ Abstract

Gegenstand dieses Aufsatzes sind die fundamentalen Probleme liberaler Argumente in den Wirtschaftswissenschaften. Anders als dies die Zyklen in der Dogmengeschichte nahelegen, erweist sich die gegenwärtige Krise des Wirtschaftsliberalismus dabei nicht als eine vorübergehende „Rezession“, sondern als theoretischen, empirischen und publikationsökonomischen Problemen geschuldet. Ein fundamentaler Widerspruch zwischen den drei Polen einer wirtschaftsliberalen Grundüberzeugung (Einstimmigkeitsprinzip, horizontale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Freiheit) führt bei der Begründung von Freiheit in ein Trilemma, das uns auf einen instrumentellen Ansatz verweist. Dieser jedoch sieht sich einer recht unklaren empirischen Lage gegenüber, angesichts derer besonders eine Betrachtung eines monolithischen Indikators wenig sinnvoll erscheint. Am Schluss ein kurzer, pessimistischer Absatz zu der Frage, ob denn die ordnungsökonomische Analyse solcher Fragen Aussicht auf Besserung verspricht. Angesichts der Anreize von Gutachtern argumentiere ich, dass solche Aussichten kaum bestehen.

**JEL-Klassifikation / JEL-Classification:** A11, A13, A14

**Schlagworte / Keywords:** Liberalismus, Freiheit, Wirtschaftswissenschaften

Dies ist die Kurzversion des Papiers zu einem Vortrag, welchen ich am 12.11.2010 auf dem Workshop „20 Jahre nach dem Systemwechsel - Krise des Liberalismus in Ostmitteleuropa?“ an der Andrassy-Universität Budapest gehalten habe. Den Seminarteilnehmern danke ich für wertvolle Kommentare und der Friedrich-Naumann-Stiftung für finanzielle Unterstützung.

## 1. Einleitung

Steckt der Liberalismus in einer Krise? Auf den ersten Blick scheint die bejahende Antwort leicht zu fallen. Denn erstens überwindet die Weltwirtschaft gerade eine schwere Finanzkrise, für die auch ungezügelte Märkte und „der Neoliberalismus“ verantwortlich gemacht werden. Zweitens ist es der besondere Vorzug dezentraler Organisationsformen, für die Verfolgung multipler Ziele und zur Entdeckung von Informationen geeignet zu sein, während zentrale Formen sich besser für die Zusammenfassung aller Kräfte auf ein Ziel und die Nutzung vorhandener Informationen eignen. In krisenhaften Zeiten und angesichts von Katastrophen pflegen daher selbst freie Gesellschaften mehr auf Zwang zu setzen. Und drittens schließlich kann man in Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zyklische Entwicklung – mit sich verkürzender Periode – beobachten: Auf das wirtschaftsliberale 19. Jahrhundert folgte das interventionistische Zeitalter des „New Deal“ und des Keynesianismus, an das sich nach dem Ende von Bretton Woods eine neoliberale Periode des Thatcherismus anschloss. Mit der globalen Finanzkrise der letzten Jahre soll diese Phase enden und das Kollektive in der Wirtschaft wieder größeres Gewicht gewinnen (Kaletsky 2010). Wir haben also in der Tat eine Krise des Liberalismus, doch ist diese gleichsam eine natürliche Erscheinung – und wenn man nur genügend zuwartet, wird es irgendwann auch wieder aufwärts gehen mit der Freiheit.

Dieses Argument erscheint mir unbefriedigend. Denn es ignoriert drei fundamentale Probleme des Liberalismus: Wie spätestens seit Sen (1970) bekannt,<sup>1</sup> bestehen Widersprüche zwischen Kernthesen des liberalen Programms, die dessen kategorische Rechtfertigung erschweren. Es verbleibt die Möglichkeit einer instrumentalen Rechtfertigung durch den Hinweis, dass (wirtschaftliche) Freiheit und liberale Institutionen die soziale Wohlfahrt befördern. Allerdings zeichnen empirische Studien zu dieser Frage ein gemischtes Bild, vor dessen Hintergrund insbesondere die Unteilbarkeit einer liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erneut in Frage zu stellen sowie die besondere Rolle von informalen Normen und „Mental models“ zu berücksichtigen ist. Schließlich entziehen sich viele zentrale Argumente für liberale Positionen – etwa der Verweis auf die Förderung der menschlichen Kreativität – weitgehend einer quantitativen Modellierung und ökonometrischen Messung. Soweit die Anreizsysteme in den Sozialwissenschaften stärker auf Publikationen in referierten Fachzeitschriften ausgerichtet werden, droht liberalen Argumenten das Schicksal ordnungsökonomischer Analysen, die sich in diesen Medien nur schwer durchsetzen können (Pies 2008). Durch die Verbindung dieser drei Probleme erwächst dem (Wirtschafts-) Liberalismus insgesamt eine strukturelle Bedrohung, welche deutlich über einen zyklischen Abschwung hinausgeht.

---

1. Sens (1970) Satz von der „Unmöglichkeit eines paretianischen Liberalen“ lässt sich allerdings noch erheblich erweitern und verallgemeinern. Siehe dazu Abschnitt 2.

Im folgenden werde ich die drei Probleme sukzessive behandeln, beginnend mit einer Erweiterung des Theorems von Sen (1970) (Abschnitt 2). Abschnitt 3 bietet einen einfachen Überblick über empirische Zusammenhänge von Indikatoren wirtschaftlicher Freiheit und der sozialen Wohlfahrt. In Abschnitt 4 betrachte ich die Anreize ausgewählter Parteien im Wissenschaftsprozess und argumentiere, dass sich durch die Orientierung an referierten Publikationen eine Verzerrung zu Lasten schlecht quantifizierbarer Ansätze ergibt. Abschnitt 5 beschließt die Arbeit mit einer Zusammenfassung.

## 2. Theoretische Überlegungen und Widersprüche

Die Abb. 1 auf der Seite 2 illustriert die Dreiecksbeziehung zwischen drei konstitutiven Elementen des Liberalismus, nämlich dem Einstimmigkeitsprinzip, der Vorstellung horizontaler Gerechtigkeit („Gleichheit vor dem Gesetz“) und der Verbürgung einer (negativen) individuellen Freiheit.<sup>2</sup>

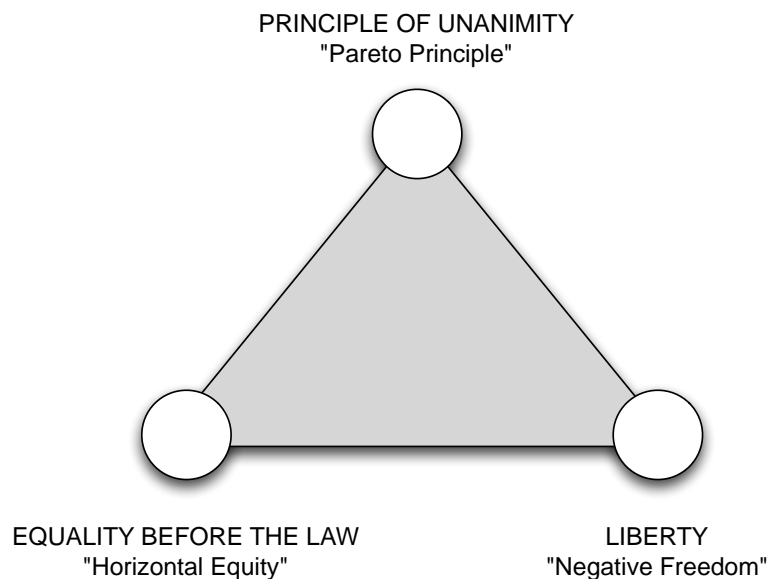


Abb. 1: drei liberale Kernthesen

### 3.1. Konflikt der Einstimmigkeitsregel mit absoluten Zielen

Aus der Literatur bekannt ist ein Konflikt zwischen dem Pareto-Prinzip und der individuellen Freiheit, den Amartya Sen mit seinem berühmten Theorem von der „Unmöglichkeit des paretianischen Liberalen“ bewiesen hat (Sen 1970). Allerdings schneidet dieses Argument weitaus tiefer, als es Sens Arbeit und die anschließende Diskussion nahelegten.

---

2. Diese drei Elemente lassen sich mit dem Schlachtruf der französischen Revolution in Verbindung bringen – Freiheit („liberté“) und Gleichheit vor dem Gesetz („égalité“) unmittelbar, die Einstimmigkeitsregel als eine Ausprägung der Brüderlichkeit („fraternité“). Denn wer das Pareto-Prinzip befürwortet, der wertet die Nutzen seines Nächsten positiv (siehe auch die formale Argumentation unten). Zur Rechtfertigung, warum man sich an dieser Stelle auf negative Freiheiten konzentrieren sollte, siehe Beckmann (2002).

Das Einstimmigkeitsprinzip definiert ein kollektives Ziel ausschließlich als Funktion individueller Zustimmung, welche in des Prinzips paretianischer Variante eine monoton stetige Funktion der – langfristigen und wohl reflektierten – Lebensqualität darstellt. Sowohl (negative) Freiheit als auch horizontale Gerechtigkeit dagegen stellen absolute normative Kriterien dar. Es fällt leicht zu zeigen, dass solche Kriterien mit der Einstimmigkeitsregel systematisch unvereinbar sind (Beckmann 2002).

**Theorem 1 („Widerspruch absoluter Ziele mit dem Einstimmigkeitsprinzip“).**

Sei

$$W = W(u_1, \dots, u_i, \dots, u_n, Z)$$

eine soziale Wohlfahrtsfunktion über die individuellen Lebensqualitäten  $u_i$  für  $n$  Individuen und ein absolutes, von den  $u$  unabhängiges Ziel  $Z$ . Dann impliziert das Pareto-Prinzip ein Gewicht des Ziel  $Z$  von Null.

Beweis: Man differenziere  $W$  total:

$$dW = \sum_{i=1}^n \frac{\partial W}{\partial u_i} du_i + \frac{\partial W}{\partial Z} dZ$$

Die partiellen Ableitungen nach den einzelnen Argumenten geben die jeweiligen Gewichte an. Das Pareto-Prinzip  $P$  verlangt, dass die soziale Wohlfahrt bei einer Erhöhung aller  $u_i$  steige:

$$\frac{\partial W}{\partial Z} = 0$$

(Bemerkung: Dies impliziert mit

$$\frac{\partial W}{\partial u_i} \geq 0 \quad \forall i \in \{1 \dots n\}$$

die Nichtnegativität der Gewichte für die individuellen Lebensqualitäten  $u_i$ .) Mit beliebigen Änderungen des Zielerreichungsgrades  $dZ$  ist dies offenkundig nur vereinbar, wenn zugleich

$$\frac{\partial W}{\partial Z} = 0$$

gilt. □

Theorem 1 ist nicht nur auf Freiheit beschränkt, sondern gilt allgemein für abstrakte Ziele. Es beruht anders als Sens (1970) „Lady Chatterley“-Beispiel auch nicht auf der Existenz externer Effekte.

### 3.2. Innerer Konflikt von Freiheitsrechten

Externalitäten können über Widersprüche zum Pareto-Prinzip hinaus auch dazu führen, dass schon die Definition von Freiheitsrechten inkonsistent wird. Zur Verdeutlichung kann das Beispiel zweier befreundeter Damen dienen (Beckmann 1998), deren eine (Brit) gerne die gleiche Kleiderfarbe trägt wie ihre Freundin, während diese (Grit) sich in der Farbe gerne von ihrer Freundin abhebt. Zur Vereinfachung seien nur die Kleiderfarben rot und blau verfügbar. Wir verlangen als minimale Anforderung an die individuelle Freiheit nur, dass jede Dame isoliert über die Farbe ihres eigenen Kleides entscheiden darf. Das nahe liegende Modell für diese Situation ist ein nichtkooperatives Nullsummenspiel,

		Grit	
		blau	rot
Brit	blau	1, -1	-1, 1
	rot	-1, 1	1, -1

Abb. 2: Normalform von „Brit versus Grit“

das offensichtlich kein Nash-Gleichgewicht in reinen Strategien aufweist. Anders gewendet genügt die Zuweisung des Freiheitsrechts allein noch nicht zur Definition einer „individuellen Sphäre“, innerhalb deren allein Brits (oder Grits) Entscheidungen zählen sollen,<sup>3</sup> Eine solche Sphäre setzte neben „Liberties“ auch „Rights“ voraus, also die Möglichkeit, von anderen ein bestimmtes Verhalten (und nicht nur ein Unterlassen) zu verlangen. Und was ist dann mit der negativen Freiheit dieser Anderen?

### 3.3. Zur wirklichen Bedeutung der horizontalen Gerechtigkeit

„Gleichbehandlung von Gleichen“, die schlagwortartige Formulierung des dritten Pols in der Abb. 1 auf der Seite 2, stellt zunächst eine Leerformel dar. Die wirkliche normative Arbeit verrichtet die Definition des Vergleichskriteriums. Den historischen Hintergrund bildet dabei die *Égalité* der Französischen Revolution, welche als Gleichheit vor dem Gesetz die Abschaffung von Privilegien forderte. Modern formuliert bedeutet dies, dass eine unterschiedliche Behandlung von Individuen nur durch deren individuelle Merkmale, nicht jedoch durch Unterschiede in den Eigenschaften der Gruppen gerechtfertigt werden darf, denen die Individuen angehören. Wird die Bewerbung einer Frau auf eine Lehrstelle mit der Begründung abgelehnt, es würden ansonsten gesetzliche Vorschriften hinsichtlich der Mindestkörpergröße der Angestellten verletzt, so kann sich dies nur auf die Größe der jeweiligen Bewerberin beziehen, nicht auf die Durchschnittsgröße von Frauen.

3. Das ist auch die Grundidee des Freiheitsbegriffs bei Sen (1970).

Diese Interpretation hat sich in der Hand des Bundesverfassungsgerichts gerade in Steuer-sachen als scharfes Schwert erwiesen. In jüngerer Zeit werden jedoch gerade aus einer paretianischen Perspektive Forderungen laut, die statistischen Eigenschaften von Personen-gruppen zu einer effizienzsteigernden Diskriminierung zwischen Individuen heranzuziehen – ein prominentes Beispiel ist Alesinas, Ichinos und Karakabournis' Ichinos (2011) Vorschlag höherer marginaler Einkommensteuersätze für Männer (wegen deren bei isolierter Betrachtung geringerer Arbeitsangebotselastizität). Hier zeigt sich ein weiterer Anwendungsfall der zuvor herausgearbeiteten Inkompatibilität des Pareto-Prinzips und absoluter Ziele, wie die horizontale Gerechtigkeit eines ist.

Doch wie mit einem solchen Konflikt umgehen? Eine Lösung bestünde darin, sich allein auf das Pareto-Kriterium zu stürzen und sämtlichen absoluten Zielen abzuschwören. Allerdings vermögen weder der Paretianismus noch seine Konkretisierung der Utilitarismus insbesondere in ihren technokratischen Varianten ethisch völlig zu überzeugen (Beckmann 1998, Kapitel 3); stellt man dagegen auf die Zustimmung *realer* Individuen ab, um diese Probleme zu umgehen, droht man ohne einen Rekurs auf *hypothetischen* Konsens in der Aporie zu enden. Dieser aber öffnet der Interpretation des jeweiligen Sozialphilosophen, insbesondere seiner Spezifikation der „original position“, Tür und Tor. Die übrigen Ziele erweisen sich womöglich schon für sich als widersprüchlich.

Damit ist man letztendlich auf eine auf eine *instrumentelle* Begründung der Freiheit zurückgeworfen, also das Argument Hayeks (2002), freie Institutionen maximierten die Chancen eines zufällig herausgegriffenen Individuums.<sup>4</sup> Damit gelangt man letztlich zu der empirischen Frage, ob wirtschaftliche Freiheit positiv mit Indikatoren für Wohlstand und Lebensqualität korreliert – einer Frage, der wir uns nun im dritten Abschnitt zuwenden.

### 3. Zur instrumentalen Rechtfertigung wirtschaftlicher Freiheit

Sucht man nach einer instrumentellen Begründung für Freiheit, so stellt sich offensichtlich zunächst die Frage nach dem Oberziel, also der Konzeption von „Wohlfahrt“ oder einem „guten Leben“. Ich will den kniffligen und teils sehr alten Problemen im Zusammenhang mit dieser Frage hier ausweichen und unterstellen, dass es uns um die Maximierung eines Indizes von „Lebensqualität“ der Bürger ginge, wobei diese Lebensqualität positiv vom Wohlstand, Gesundheitszustand, Umweltqualität und Zugang zu sonstigen Gütern und Möglichkeiten abhängt und sich in der Bekundung von Lebenszufriedenheit äußert. Zur Messung ziehe ich in einem Länderquerschnitt heran:

---

4. Die geneigte Leserin wird die Verbindung zu Harsányis (1955) Begründung des Utilitarismus aus dem Kalkül eines rationalen Erwartungsnutzenmaximierers ebenso wie zu den zuvor genannten Sozialvertragstheorien mit süffisantem Lächeln zur Kenntnis nehmen.



- das Bruttosozialprodukt pro Kopf (GNP) in konstanten Dollar von 2000 (Weltbank-Daten),
- dessen Wachstumsrate im Jahr 2000 (Weltbank-Daten),
- die Länderdurchschnitte der Antworten auf Frage A180 im World Value Survey, bei der Respondenten ihre Lebenszufriedenheit auf einer Skala von Null bis Zehn beziffern sollten (Erhebungen von 2002 bis 2006),
- den Economic Freedom Index für 2008 und seine Teilindizes.<sup>5</sup>

Plottet man die durchschnittliche Lebenszufriedenheit der Bürger gegen das GNP pro Kopf und den EFI (Abb. auf der Seite 7), so zeigt sich zunächst das typische Bild einer Preston-Kurve (Preston 1975). Für arme Länder gehen geringe Wohlstandssteigerungen mit erheblichen Verbesserungen der Lebenszufriedenheit einher, während die Kurve bei höheren Pro-Kopf-Einkommen erheblich abflacht. Auch der EFI – dargestellt durch die Größe der Datenpunkte – scheint positiv mit der Zufriedenheit und mit dem Einkommen zu korrelieren.

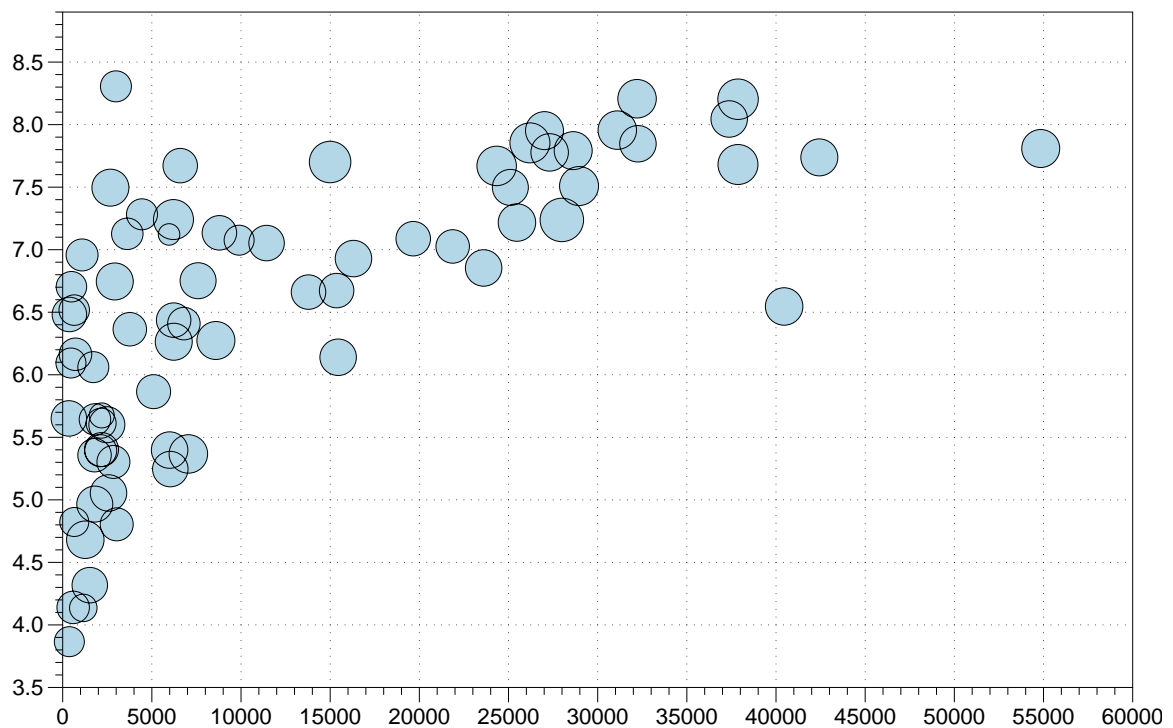


Abb. 3: Lebenszufriedenheit (y) vs. Pro-Kopf-GNP (x) und EFI (Punktgr.)

Die nachfolgende Matrix von Scatterplots (Abb. 4 auf der Seite 8) veranschaulicht die bivariaten Beziehungen zwischen dem EFI (ein Index mit einem Definitionsbereich von Null – für völlig unfreie Länder – bis Zehn), der Lebenszufriedenheit, der Wachstumsrate des Pro-

5. Alle Daten mit Ausnahme der Lebenszufriedenheit entstammen den Angaben des ???. Die Werte für die Lebenszufriedenheit wurden als Länderdurchschnitte aus den Rohdaten des World Value Survey berechnet.

Kopf-Sozialprodukts und dem logarithmierten GNP pro Kopf. Das Panel links oben zeigt eine positive Korrelation zwischen Zufriedenheit und wirtschaftlicher Freiheit, das Panel links unten einen vergleichbaren Zusammenhang zwischen dem logarithmierten Einkommen und der Lebenszufriedenheit. Solche Darstellungen können zu der Vermutung Anlass geben, man könne in der Tat Freiheitsrechte durch ihre positiven Wohlfahrtswirkungen rechtfertigen. Erste Schwierigkeiten deuten sich in den rechten beiden Panels der Abb. 4 an – das obere scheint einen *negativen* Zusammenhang zwischen Wachstum und Zufriedenheit auszuweisen, der aber dem Umstand geschuldet ist, dass höhere Einkommensniveaus die Zufriedenheit treiben<sup>6</sup> und die reicheren Länder im Sample tendenziell langsamer wachsen. Das untere zeigt eine recht enge positive Korrelation zwischen ökonomischer Freiheit und dem logarithmierten Sozialprodukt, was zwar einerseits mit einem Argument für Freiheit als Mittel zur Förderung des Wohlstands vereinbar ist, andererseits aber auf erhebliche Multikollinearitätsprobleme hinweist.

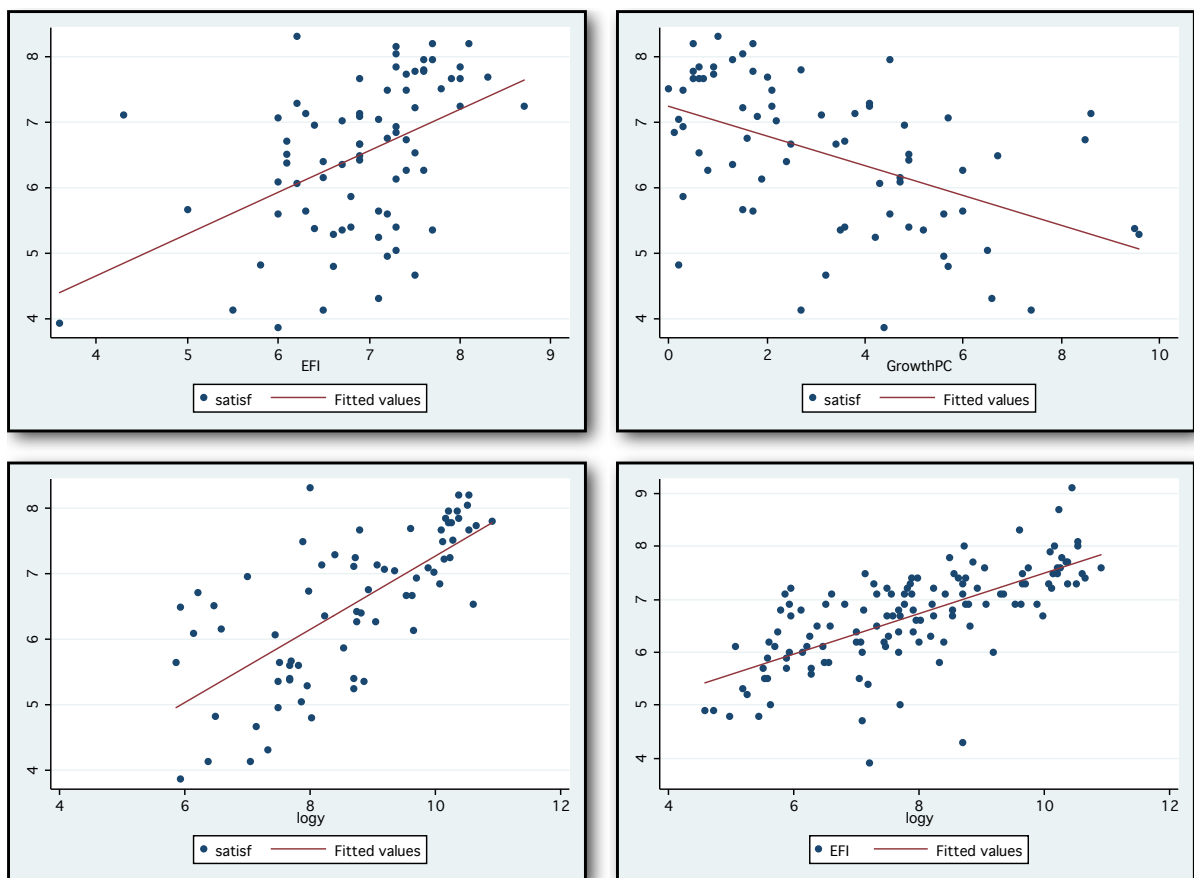


Abb. 4: Scatterplots von Lebenszufriedenheit, logarithmiertem GNP pro Kopf, GNP-Wachstum und EFI

6. Das gilt bei Querschnittsbetrachtungen. Untersucht man dagegen Zeitreihen, hat das Einkommensniveau tendenziell einen geringeren oder gar keinen signifikanten Einfluss mehr (Layard 2006).

Nötig erscheint eine sorgfältige multivariate Analyse. Als ein erster Schritt können die Regressionen in den Tab. 1 (Seite 9) und Tab. 2 (Seite 10) dienen – bei allen Vorbehalten, die man gegenüber OLS, der Verwendung von Indexvariablen mit beschränktem Definitionsbereich und einer fehlenden Längsschnittskomponente zu Recht haben wird. Die Modelle (1) bis (3) enthalten die Lebenszufriedenheit als Regressand, wobei im Modell (1) nur das logarithmierte Pro-Kopf-GNP, im Modell (2) darüber hinaus alle im Datensatz verfügbaren Teilindizes des EFI eingehen. Modell (3) in der vierten Spalte ist dann das „gewählte“ Modell, welches nur noch signifikante EFI-Komponenten enthält.

Tab. 1: OLS-Schätzungen für die Lebenszufriedenheit

VARIABLEN	(1)	(2)	(3)
	satisf	satisf	satisf
log income p.c.	0.561*** (0.0677)	0.613*** (0.131)	0.628*** (0.131)
toptax		-0.0759 (0.0533)	-0.0923* (0.0490)
propright		-0.0916 (0.154)	
justind		0.238* (0.134)	0.219** (0.103)
inflation		0.137 (0.131)	
regbarr		-0.291* (0.154)	-0.222* (0.127)
capcontrol		-0.00906 (0.0398)	
cmregul		0.0689 (0.121)	
conscr		0.00260 (0.0242)	
pricecontr		0.118** (0.0553)	0.121** (0.0509)
bribes		-0.217 (0.171)	-0.271* (0.148)
Konstante	1.672*** (0.594)	2.021 (1.535)	3.070*** (1.137)
N	72	66	66
R-squared	0.495	0.652	0.642

Standardfehler in Klammern

\*\*\* p<0.01, \*\* p<0.05, \* p<0.1

Die wesentliche Botschaft dieser Schätzung ist, dass nicht alle Teilindizes signifikant sind und auch nicht alle das gleiche Vorzeichen aufweisen. Bei der Interpretation der Ergebnisse sollte man bedenken, dass steigende Indexwerte größere wirtschaftliche Freiheit repräsentieren. Das logarithmierte Einkommen erweist sich im Länderquerschnitt als stets signifikan-

ter – und angesichts des Modells (1) auch als bedeutendster – Kovariat der Lebenszufriedenheit. Eine gesteigerte Unabhängigkeit der Justiz und die Abwesenheit von Preiskontrollen gehen ceteris paribus mit größerer, Korruptionsbekämpfung, eine Senkung des Spitzensteuersatzes und die Beseitigung nicht-tarifärer Barrieren für den Außenhandel mit geringerer Lebenszufriedenheit einher. Erstaunlich und bedenklich bleibt, dass manche aus theoretischer Sicht wichtige institutionelle Determinanten – wie die Sicherheit der Eigentumsrechte<sup>7</sup> – hier keine signifikante Rolle spielen.

Tab. 2: OLS-Schätzungen für die Wachstumsrate des Pro-Kopf-GNP

VARIABLEN	(4) growthpc	(5) growthpc
spenddgp	-0.0409 (0.132)	
toptax	0.343*** (0.0995)	0.383*** (0.0857)
propright	-0.187 (0.304)	
justind	0.0356 (0.262)	
inflation	0.540** (0.231)	0.302 (0.192)
tariffs	0.281 (0.233)	
regbarr	-0.470 (0.305)	
capcontrol	0.166* (0.0848)	0.181*** (0.0682)
cmregul	-0.547** (0.214)	-0.537*** (0.179)
minwage	0.0228 (0.0788)	
conscr	0.0505 (0.0507)	
pricecontr	-0.307*** (0.108)	-0.261*** (0.0952)
bribes	0.0697 (0.337)	
Konstante	3.078 (2.629)	2.835 (2.106)
N	100	107
R-squared	0.398	0.328

Standardfehler in Klammern  
 \*\*\* p<0.01, \*\* p<0.05, \* p<0.1

7. Vgl. Macours, de Janvry und Sadoulet (2010) für eine neue empirische Studie zur Rolle der Eigentumsrechte und für einen Überblick über die verschiedenen Wirkmechanismen auf die soziale Wohlfahrt, welche in der Literatur diskutiert werden. Siehe auch Eichel at al. (2008) für einen Überblick.

Schauen wir auf die Wachstumsrate als Regressand (Modelle 4 und 5), so konstatieren wir zunächst wie auch bei den Modellen (1) - (3), dass eine große Heterogenität unter den Komponenten des EFI besteht. Wir finden, dass die Abwesenheit von Kapitalverkehrskontrollen und geringere Marginalsteuersätze für höhere Einkommen mit mehr, der Abbau von Preiskontrollen und Regulierungen des Kreditmarktes dagegen mit weniger Wachstum verbunden sind. Angesichts des Umstands, dass im simplen Querschnitt höhere Wachstumsraten negativ mit dem Wohlstandsniveau korrelieren, dieses aber eng mit der Lebenszufriedenheit verbunden ist, kann die Divergenz zwischen den beiden Schätzungen kaum überraschen.

Für unsere Zwecke – nämlich die Heterogenität der verschiedenen Teilindizes zu demonstrieren – reicht diese methodisch simple Querschnittsbetrachtung allerdings aus. Insbesondere der Umstand, dass die Signifikanzen der Teilindices nicht robust sind, gibt zu denken. Die Analyse verdeutlicht daher Probleme, „die Freiheit“ instrumentell durch den Verweis auf ökonometrische Resultate begründen zu wollen, und steht damit auch im Einklang mit der jüngeren Literatur.

#### 4. Die Ökonomik der Sozialwissenschaften und der Liberalismus

Nehmen wir einmal an, die Liberalen und OrdnungsökonomInnen seien der (wirtschaftlichen) Freiheit zu Recht zugetan. Bedeutet dies, dass diese Einsicht dann in der (wirtschafts-)wissenschaftlichen *Discussion machine* gute Chancen hat, sich auch durchzusetzen? Wird es allein wegen der Richtigkeit des Ansatzes ein ausreichendes Angebot an beratenden Stimmen geben, die Politik und Öffentlichkeit auf den Ansatz aufmerksam machen?

Ich denke, dass hier gute Gründe für Zweifel bestehen – Gründe, die etwas mit den theoretischen und empirischen Schwierigkeiten zu tun haben, welche wir in den vorangegangenen beiden Abschnitten diskutierten. Schlüsselargumente der Liberalen sind von einer Natur, die ihre Verbreitung in der modernen Ökonomik gerade wegen der mangelnden Quantifizierbarkeit behindert. Insofern schließt sich dieses Argument an die berühmte Aussage von Bastiat (1850) an, wonach

Dans la sphère économique, un acte, une habitude, une institution, une loi n'engendrent pas seulement un effet, mais une série d'effets. De ces effets, le premier seul est immédiat; il se manifeste simultanément avec sa cause, on le voit. Les autres ne se déroulent que successivement, on ne les voit pas; heureux si on les prévoit.

Entre un mauvais et un bon Économiste, voici toute la différence: l'un s'en tient à l'effet visible; l'autre tient compte et de l'effet qu'on voit et de ceux qu'il faut prévoir.

Mais cette différence est énorme, car il arrive presque toujours que, lorsque la conséquence immédiate est favorable, les conséquences ultérieures sont funestes, et vice versa.

Um dieses Argument erfolgreich vorzubringen, sind zwei Fragen zu beantworten: Erstens, wie kann eine Begründung der Freiheit den in den vorangegangenen Abschnitten genutzten Anforderungen an theoretische und ökonometrische Quantifizierbarkeit nicht genügen, ohne

gleichzeitig falsch zu sein? Und zweitens, welche Mechanismen führen zu einer Minder-schätzung einer solchen richtigen, aber nicht quantifizierbaren Aussage? Die erste Frage beantworten wir im Hayekschen Sinne durch einen Hinweis auf die menschliche *Kreativität*, die zweite im Bastiatschen Sinne durch den Hinweis auf einen Dreiklang „*ce qu'on voit – ce qu'on sait mesurer – ce qu'on peut publier*“. Dabei ist es nicht der indirekte und wenig sichtbare Effekt, der uns interessiert, sondern die Frage nach der Quantifizierbarkeit und der Publikationsfähigkeit.

#### 4.1 *Ce qu'on sait mesurer*

Menschliche Kreativität wird von vielen Wirtschaftsliberalen als der Motor wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts gesehen – eine Position, die man besonders mit dem Namen Hayeks verbindet (Hayek 1945). Es liegt in der Natur von Kreativität, dass ihre Ergebnisse ex ante unsicher sind. Sie lässt sich aber auch nicht überzeugend stochastisch modellieren, weil infolge des Unvermögens, den Inhalt von Entdeckungen ex ante anzugeben, schon die *Menge der möglichen künftigen Umweltzustände* nicht – zumindest nicht vollständig – spezifiziert werden kann. Diese Knight'sche *Ungewissheit* (Langlois und Cosgel 1993) erschwert die Nutzung „harter“ quantitativer Methoden und ökonometrischer Verfahren, wie sie in der modernen Volkswirtschaftslehre dominieren. Schon aus diesem ersten Grund sind ordnung-sökonomische und liberale Argumente in der Ökonomik systematisch unterrepräsentiert.

#### 4.2 *Ce qu'on peut publier*

Jedoch gibt es einen zweiten Grund. Für das wissenschaftliche Renommee und die leistungs-bezogenen Bestandteile der Entlohnung (bzw. die Karriereaussichten) von Ökonomen kommt es heute – nach naturwissenschaftlichem Vorbild – vor allem auf Publikationen in referierten Fachzeitschriften an. Zwar wird in der letzten Zeit versucht, die reine *Zahl* solcher Veröf-fentlichungen geringer zu gewichten und auf quantifizierbare Indikatoren für die *Wirkung* wissenschaftlicher Arbeiten – etwa Zitate – umzustellen.<sup>8</sup> Dennoch bleibt die Publikation des Outputs der Schlüssel für die Chance auf Zitationen, und die Forscher schreiben ihre Artikel unter Unsicherheit darüber, welchen Impact sie damit erzielen werden.

Damit rückt das Verfahren der Artikelauswahl in den Mittelpunkt des Interesses.<sup>9</sup> Das Fundament des Auswahlverfahrens bildet bekanntlich ein *Peer review*, das durch fehlende monetäre Anreize der Gutachter gekennzeichnet ist. Aufgrund der Anonymität des Verfahrens

---

8. Man denke in diesem Zusammenhang an die jüngste Initiative der DFG, die Zahl der angegebenen eigenen Publikationen in Anträgen auf fünf zu beschränken.

9. Für sonstige Kritik an der Organisation von Forschung und Publikationen in den Wirtschaftswissenschaften siehe Adam (2002), Lawrence (2003) und Weingart (2005); für die üblichen Argumente gegen die – damit im Zusammenhang stehende – Evaluation aufgrund quantitativer Kriterien siehe Frey und Osterloh (2006).

entfallen auch die meisten sonstigen extrinsischen Anreize (etwa durch Renommee als herausragender Gutachter), und Sanktionen für Schlechtleistungen gibt es kaum.

Es erhebt sich die Frage, in welchem Umfang Gutachter Anstrengungen unternehmen und mit Kosten verbundene Informationen nutzen werden, um die Qualität ihrer Gutachten zu verbessern. Analog zu Teilen der Public Choice-Literatur kann man folgern, dass Gutachter vor allem *kostenlose* Informationen nutzen werden, die sie im Rahmen ihrer sonstigen Tätigkeiten erworben haben (Beckmann 2004). Zu diesen Informationen zählt vor allem, ob sich das vorliegende Papier an die im Fach herrschenden Standards hält und dem Kanon des Mainstream entspricht. Ein Papier, welches die bestehende Literatur punktuell erweitert, hat damit bei gleicher Qualität größere Aussichten auf Publikation als eines, das dem Gutachter das Nachvollziehen eines ungewohnten Arguments abverlangt. Soweit ordnungstheoretische Argumente nicht dem Mainstream entsprechen *können* (siehe 4.1), finden sie damit systematisch weniger Gehör als Argumente aus anderen Bereichen der Volkswirtschaftslehre.

## 5. Zusammenfassung

Gegenstand dieses Aufsatzes sind die fundamentalen Probleme liberaler Argumente – von Begründungen ökonomischer Freiheit – in den Wirtschaftswissenschaften. Anders als dies die Zyklen in der Dogmengeschichte nahelegen, erweist sich die gegenwärtige Krise des Wirtschaftsliberalismus dabei nicht als eine vorübergehende „Rezession“, sondern als theoretischen, empirischen und publikationsökonomischen Problemen geschuldet. Ein fundamentaler Widerspruch zwischen den drei Polen einer wirtschaftsliberalen Grundüberzeugung (Einstimmigkeitsprinzip, horizontale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Freiheit) führt bei der Begründung von Freiheit (immer vorausgesetzt, man wolle und könne Werte beweisen) in ein Trilemma, das uns auf einen instrumentellen Ansatz verweist. Dieser jedoch sieht sich einer recht unklaren empirischen Lage gegenüber, angesichts derer besonders eine Betrachtung eines monolithischen Indikators („der wirtschaftlichen Freiheit“) wenig sinnvoll erscheint.

Während diese beiden Argumente im Hauptteil des Aufsatzes (den Abschnitten 2 und 3) diskutiert wurden, folgte am Schluss ein kurzer, pessimistischer Absatz zu der Frage, ob denn die *ordnungsökonomische* Analyse solcher Fragen Aussicht auf Besserung verspricht. Angesichts einer – zugegebenermaßen groben – Beschreibung der Anreize von Gutachtern argumentiere ich, dass solche Aussichten kaum bestehen. Es folgt: Selbst wenn die gegenwärtige Krise des Liberalismus zunächst als zyklisches Phänomen – also als eine Reaktion auf den Neoliberalismus und den Thatcherismus – entstanden wäre, bestünde wenig Aussicht, dass die grundsätzlich nicht quantifizierbaren Argumente von Wirtschaftsliberalen gehört werden. Diese Krise ist strukturell.

## Literatur

Adam, D. (2002): „The counting houses“, *Nature* 415, 726-729.

Alesina, Alberto, Andrea Ichino und Loukas Karakarbournis (2011): „Gender-based taxation and the division of family chores“, erscheint im *American Economic Review*.

Bastiat, Frédéric (1850), Ce qu'on voit et ce qu'on ne voit pas, Originaltext verfügbar unter [http:// bastiat.org/fr/cqovecqnvp.html](http://bastiat.org/fr/cqovecqnvp.html).

Beckmann, Klaus B. (1998): *Analytische Grundlagen einer Finanzverfassung*. Frankfurt / Main: Peter Lang.

Beckmann, Klaus B. (2002): „Freiheit und Ökonomie“, in: H. Laufhütte und R. Lüdeke (Hgg.), *Werte, Wohlfahrt und das Gute Leben. Philosophen und Ökonomen im Ethik-Diskurs*. Berlin: Duncker & Humblot, 111–141.

Beckmann, Klaus B. (2004): „Hochschulreform in Europa: eine konstitutionenökonomische Analyse der Evaluation von Forschung und Lehre“, in: J. Dieringer und S. Okruch (Hgg.), *Von der Idee zum Konvent. Eine interdisziplinäre Betrachtung des Europäischen Integrationsprozesses*, Schriftenreihe der Andrassy-Universität Nr. 3. Budapest: Andrassy Gyula Deutschsprachige Universität, 99–116.

Eicher, Theo, Wolfgang Ochel, Oliver Röhn und Anja Rohwer (2008), „Institutionen und Wirtschaftswachstum in den OECD-Ländern“, *ifo-Schnelldienst* 11/2008.

Frey, Bruno S. und Margit Osterloh (2006), „Evaluations: hidden costs, questionable benefits, and superior alternatives“, *Institute for Empirical Research in Economics Working Paper* 302.

Harbour, Jerry L. (2008): *The Performance Paradox*. Productivity Pr Inc.

Harsányi, John C. (1955): „Cardinal welfare, individualistic ethics, and interpersonal comparisons of utility“, *Journal of Political Economy* 63, 309-321.

Hayek, Friedrich A. von (1945): „The use of knowledge in society“, *American Economic Review* 35, 519-530.

Hayek, Friedrich A. von (2002): *Grundsätze einer liberalen Gesellschaftsordnung, Aufsätze zur Politischen Philosophie und Theorie*, hg. von Viktor Vanberg. Tübingen: Mohr Siebeck.

Kaletsky, Anatole (2010): *Capitalism 4.0*. Bloomsbury Publishing.

Langlois, Richard N. und Metin M. Cosgel (1993): „Frank Knight on risk, uncertainty, and the firm: a new interpretation“, *Economic Inquiry* 31, 456-465.

Layard, Richard (2006): "Happiness and public policy: a challenge for the profession", *Economic Journal* 116, 24-33.

Lawrence, P.A. (2003): „The politics of publication“, *Nature* 422, 259-261.



Macours, Karen, Alain de Janvry und Elisabeth Sadoulet (2010): „Insecurity of property rights and social matching in the tenancy market“, *European Economic Review* 54, 880-99.

Pies, Ingo (2008): „Mathematik und Ordnungspolitik sind kein Widerspruch – Aber die universitäre Zukunft der Ordnungspolitik ist selbst ein gravierendes Ordnungsproblem“, *Diskussionspapier* Nr. 2008-7, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Preston, Samuel H. (1975): „The changing relation between mortality and level of economic development“, *Population Studies* 29, 231.

Sen, Amartya K. (1970): „The impossibility of a Paretian liberal“, *Journal of Political Economy* 78, 152-157.

Weingart, P. (2005): „Impact of bibliometrics upon the science system: inadvertent consequences?“, *Scientometrics* 62, 117-1.



## DISKUSSIONSPAPIERE DER FÄCHERGRUPPE VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE

### DISCUSSION PAPERS IN ECONOMICS

Die komplette Liste der Diskussionspapiere ist auf der Internetseite veröffentlicht / for full list of papers see:  
<http://fgvwl.hsu-hh.de/wp-vwl>

#### 2011

107 Beckmann, Klaus. Das liberale Trilemma, January 2011.

#### 2010

106 Horgos, Daniel. Global Sourcing of Family Firms, Dezember 2010.

105 Berlemann, Michael; Freese, Julia. Monetary Policy and Real Estate Prices: A Disaggregated Analysis for Switzerland, Oktober 2010.

104 Reither, Franco; Bennöhr, Lars. Stabilizing Rational Speculation and Price Level Targeting, August 2010.

103 Christmann, Robin. Warum brauchen wir Richter?, August 2010.

102 Hackmann, Johannes; Die einkommensteuerliche Berücksichtigung von Scheidungs- und Kinderunterhalt im Vergleich, Juni 2010.

101 Schneider, Andrea; Zimmermann, Klaus W. Fairness und ihr Preis, Juni 2010.

100 von Arnould, Andreas; Zimmermann, Klaus W. Regulating Government ('s Share): The Fifty-Percent Rule of the Federal Constitutional Court in Germany, März 2010.

#### 2009

99 Kruse, Jörn. Wissen für demokratische Entscheidungen, Dezember 2009.

98 Horgos, Daniel; Zimmermann, Klaus W. It Takes Two to Tango: Lobbies and the Political Business Cycle, September 2009.

97 Berlemann, Michael; Zimmermann, Klaus W. Gewerkschaften im Bundestag: Gemeinwohlorientiert oder Lobbyisten?, September 2009.

96 Kruse, Jörn. Priority and Internet Quality, August 2009.

95 Schneider, Andrea. Science and teaching: Two-dimensional signalling in the academic job market, August 2009.

94 Kruse, Jörn. Das Governance-Dilemma der demokratischen Wirtschaftspolitik, August 2009.

93 Hackmann, Johannes. Ungereimtheiten der traditionell in Deutschland vorherrschenden Rechtfertigungsansätze für das Ehegattensplitting, Mai 2009.

92 Schneider, Andrea; Klaus W. Zimmermann. Mehr zu den politischen Segnungen von Föderalismus, April 2009.

91 Beckmann, Klaus; Schneider, Andrea. The interaction of publications and appointments - New evidence on academic economists in Germany, März 2009.

90 Beckmann, Klaus; Schneider, Andrea. MeinProf.de und die Qualität der Lehre, Februar 2009.

89 Berlemann, Michael; Hielscher, Kai. Measuring Effective Monetary Policy Conservatism, February 2009.

88 Horgos, Daniel. The Elasticity of Substitution and the Sector Bias of International Outsourcing: Solving the Puzzle, February 2009.

87 Rundshagen, Bianca; Zimmermann, Klaus W.. Buchanan-Kooperation und Internationale Öffentliche Güter, Januar 2009.

#### 2008

86 Thomas, Tobias. Questionable Luxury Taxes: Results from a Mating Game, September 2008.

85 Dluhosch, Barbara; Zimmermann, Klaus W.. Adolph Wagner und sein „Gesetz“: einige späte Anmerkungen, August 2008.

84 Zimmermann, Klaus W.; Horgos, Daniel. Interest groups and economic performance: some new evidence, August 2008.

83 Beckmann, Klaus; Gerrits, Carsten. Armutsbekämpfung durch Reduktion von Korruption: eine Rolle für Unternehmen?, Juli 2008.

82 Beckmann, Klaus; Engelmann, Dennis. Steuerwettbewerb und Finanzverfassung, Juli 2008.

81 Thomas, Tobias. Fragwürdige Luxussteuern: Statusstreben und demonstratives Konsumverhalten in der Geschichte ökonomischen Denkens, Mai 2008.

80 Kruse, Jörn. Hochschulen und langfristige Politik. Ein ordnungspolitischer Essay zu zwei Reformutopien, Mai 2008.

79 Kruse, Jörn. Mobile Termination Carrier Selection, April 2008.

78 Dewenter, Ralf; Haucap, Justus. Wettbewerb als Aufgabe und Problem auf Medienmärkten: Fallstudien aus Sicht der „Theorie zweiseitiger Märkte“, April 2008.

77 Kruse, Jörn. Parteien-Monopol und Dezentralisierung des demokratischen Staates, März 2008.

76 Beckmann, Klaus; Gattke, Susan. Status preferences and optimal corrective taxes: a note, February 2008.

